



Präsentation der Resolution von Eggiwil 2003

Mittwoch 17. Dezember 2003

Hotel Bern, 3011 Bern

Resolution von Eggiwil: Gemeinsam für den ländlichen Raum und das Berggebiet !

Die Zukunftsaussichten vieler Schweizer Berg- und Landgemeinden sind düster. Um auf ihre schwierige Situation aufmerksam zu machen, haben bisher 200 Gemeinden und gut ein Dutzend regionale Planungsverbände die „Resolution von Eggiwil“ unterschrieben. Diese Resolution wurde am 17. Dezember 2003 in Bern der Öffentlichkeit präsentiert. Mit den Nationalräten Josy Gyr-Steiner (SPS, SZ), Adrian Amstutz (SVP, BE), Jean-René Germanier (FDP, VS) und Ruedi Lustenberger (CVP, LU) stellten sich Vertreter aller vier Bundesratsparteien hinter die Stossrichtung der Resolution. Bundesrat Joseph Deiss, Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements und damit unter anderem zuständig für die neue Regionalpolitik, musste sich aufgrund seiner Verpflichtungen als künftiger Bundespräsident für den Anlass kurzfristig entschuldigen.

Die Situation in vielen Berg- und Landregionen der Schweiz ist kritisch. Seit 1995 nahm die Zahl der Arbeitsplätze in den 54 Bergregionen nach IHG* jährlich um 1,2 Prozent ab, total gingen rund 50'000 Vollzeitstellen verloren. In mehr als der Hälfte der Regionen ist die Bevölkerung seit einigen Jahren wieder rückläufig. Der „innere Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt“, die „nachhaltige Entwicklung“ und die „dezentrale Besiedelung“ – alles in der neuen Bundesverfassung explizit festgehaltene Ziele der nationalen Politik – sind je länger je weniger gewährleistet.

Das Eggiwiler Symposium vom Mai 2003 stand im Zeichen des Gedenkjahrs zum Bauernkrieg von 1653 und widmete sich dem Thema Stadt und Land einst, heute und in Zukunft. Im Rahmen des Symposiums wurde eine Resolution erarbeitet, in der die Teilnehmenden ihren Willen ausdrücken, weiterhin auf dem Land leben und arbeiten zu können. Im Anschluss an das Symposium haben 200 Gemeinden und gut ein Dutzend regionale und nationale Organisationen die Resolution von Eggiwil unterschrieben.

Die Resolution verlangt vom neu gewählten Parlament und vom Bundesrat, sich mit aller Kraft für die Berg- und Landregionen einzusetzen. Dabei ist klar: In erster Linie liegt es an der Bevölkerung selber, den Herausforderungen mutig und innovativ entgegen zu treten. Die Anstrengungen können aber nur Erfolg haben, wenn die Standortnachteile der Landregionen nicht noch grösser werden. In der Resolution wird deshalb eine Politik für den ländlichen Raum gefordert, mit welcher der wirtschaftlichen Ausblutung und der Abwanderung ein Riegel geschoben werden kann. Dazu Ueli Haldemann aus Eggwil, OK-Präsident des Eggwiler Symposiums: „Auch wenn wir heute nicht wie einst im Bauernkrieg die Hellebarde in die Hand nehmen, werden wir für unsere Zukunft kämpfen. Von der Politik erwarten wir, dass sie uns ermöglicht, auch künftig zum wirtschaftlichen Wachstum und zum Wohlstand des Landes beizutragen“.

Dazu braucht es Massnahmen in verschiedenen Politikbereichen, von der Agrar- über die KMU- und die Tourismuspolitik bis hin zur Verkehrs-, zur Bildungs- und zur Gesundheitspolitik. Die anwesenden Parlamentarier aus allen vier Bundesratsparteien waren sich einig, dass die anstehenden Aufgaben im ländlichen Raum trotz Spardruck bei Bund und Kantonen energisch an die Hand genommen werden müssen.

- * Die 54 Bergregionen nach Investitionshilfegesetz (IHG) umfassen zwei Drittel der Fläche und einen Viertel der Bevölkerung der Schweiz.

Kontaktpersonen:

Ueli Stalder, SAB, 3001 Bern, Tel. 031 382 10 10, E-mail: ueli.stalder@sab.ch

Franz Wüest, RegioHER, 6110 Wolhusen, 041 490 02 80, f.wueest@regioher.ch

Ueli Haldemann, Pro Emmental, 3536 Aeschau, 079 651 10 69, mu.haldemann@bluewin.ch